

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Dreibrundstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 7. November 1931

Nummer 89

Unser großer Arbeitszeitkampf vor vierzig Jahren

Die Leistungen unseres Verbandes für seine arbeitslosen Mitglieder fanden in sozialpolitischen Kreisen immer große Anerkennung. Von 1875 und 1880 mit Zentralisierung der beiden Arbeitslosenunterstützungszweige bis einschließend September des furchtbaren Krisenjahres 1931 wurden an arbeitslose Mitglieder zentral etwas über 36 Millionen Mark verausgabt und aus den Kassen der Gau-, Bezirks- und Ortsvereine dazu noch rund 11 Millionen Mark als Zuschüsse. In den neun Monaten bis September 1931 zentral allein 4 560 052 Mark! Das sind gewaltige Leistungen einer vom Gemeingeist stark erfüllten Schaar, die mit 7276 Mitgliedern ehemals und 90 238 jetzt bei dem mittleren Umfang unseres Gewerbes nicht einmal groß genannt werden kann.

Was der Deutsche Buchdrucker-Verein als Unternehmerorganisation mit seiner seit 1893 bestehenden, zum Spottbild gewordenen Prinzipalskaffe an Opfersinn für die Leidtragenden seiner Gewerbepolitik befundet hat, wird die in solchem Betracht immer große Unternehmerbescheidenheit gern verschweigen.

Als Pioniere für die Arbeitszeitverkürzung erwiesen sich bereits unsere 1848er Vorläufer, indem die National-Buchdrucker-versammlung Pflingsten 1848 in Mainz einen regelrechten zentralen Tarif mit dem Zehnstundentag als weitausholender Forderung aufstellte, die von der gleichzeitig in ihren Grundzügen zu Mainz errichteten National-Buchdrucker-Vereinigung im August 1848 durchgeführt werden sollte. Aber nur elf Druckorte vermochten noch vorzustoßen, sieben traten davon in den Kampf, der in Berlin und Hamburg-Altona am Festigsten geführt wurde und an der Waterkant mit sieben Wochen am längsten währte. Der fühne, sehr frühzeitige Anspruch zum Zehnstundentag mißlang also. Mit der im Jahre 1873 schwer verunglückten Kuppelungsaktion des DVB zur Abwehr der Appahelberechnung und des Reichstaxtarifs wurde der Zehnstundentag erobert und zentraltariflich verankert, den Arbeitern im Buchdruckgewerbe weiten Vorprung verschaffend. Mit der neuen Tarifgemeinschaft von 1896 kam die effektiv neunstündige Arbeitszeit zur Einführung.

Bei der Tarifverneuerung Ende 1923 sollte Verkürzung der Arbeitszeit bei den Buchdruckern auf 54 Stunden erfolgen; zurück also bis zum Jahre 1906, obwohl die Arbeitslosigkeit im Verband bis auf 26,5 Proz. (ohne Kurzarbeit) im November 1923 gestiegen war und damit auch nachdrücklich von der Gehilfenvertretung nach der Gegenseite operiert wurde. Es fand sich sogar ein Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium, der „Wirtschaftsnotwendigkeiten“ wie mit den 54 Stunden bei zeitlich gefährlich großer Arbeitslosigkeit entsprach. Als die von allem sozialen Geist verlassene DVB-Leitung aber den entschlossenen Widerstandswillen der Gehilfenschaft bemerkte, ließ sie sich am Silbestertag 1923 noch zu dem Schwabenstreik verleiten, die Generalausperrung der Gehilfenschaft zu beschließen. Der in besserem Andenken als Adam Stegerwald verbleibende damalige Reichsarbeitsminister Brauns wollte indes mit seiner Arbeitszeitverordnung nicht solchen Mißbrauch treiben lassen und gab in neuen Verhandlungen zu erkennen, daß es grundsätzlich bei 48 Stunden zu bleiben habe im Buchdruckgewerbe. Seit Dezember 1930 wird nun von den graphischen Gewerkschaften gemeinsam die Vierzigstundenswoche mit teilweise Lohnausgleich gefordert. Aber die Dringlichkeit dieser buchstäblichen Notforderung besteht bei allen Menschen, die soziales Denken noch nicht als strafwürdig erachten, kein Zweifel. Aber die leitenden Männer des DVB. plagt die Angst,

unter nunmehr 25 000 arbeitslosen Buchdruckern (ohne Kurzarbeiter!) könnten sich nicht genügend Spezialkräfte zur Neueinstellung finden.

Vor vierzig Jahren, genau am 7. November 1891, begann der große, zehn Wochen dauernde Arbeitszeitkampf im Buchdruckgewerbe, der relativ der größte war und gebietlich überhaupt der umfangreichste in der deutschen Arbeiterbewegung geblieben ist. Im „Neunstundenkampf der Buchdrucker“ erblickte die gesamte Arbeitererschaft einen nur dieser Arbeitergruppe möglichen Vorstoß für die allgemeine Forderung auf geringere Arbeitszeit. Im ganzen gesehen hatte es ja noch mit dem Zehnstundentag in Deutschland große Not! Die gesamte Unternehmerchaft jedoch erachtete ihre Interessen gefährdet, wenn die Buchdruckergehilfen durchbringen würden. Der Vater Staat machte sich schon pflichtgemäß Vorstellung, wie das verhindert werden könnte.

Auf Prinzipalsseite verschmähten Bruno Klinkhardt und sein Generalfstab nicht den von Raymond Härtel einst bei dem striklichen Bedeutung weit übersteigenden Leipziger Streik von 1865 gegen die Gehilfenschaft angewandten „alten Munder“: Buchhändler-, Behörden-, Pressemobilisierung mit Flugblattvertrieb und Arbeitswilligenfang durch Prinzipalsmissionare im In- und Ausland. Durch die Errichtung der nach einheitlichen Weisungen arbeitenden Lokalausschüsse wurden die Kampfmittel noch erweitert. In dem Leipziger Rechtsanwalt Dr. Paul Schmidt besaß der DVB. zudem einen schon mehrere Jahre tüchtig eingearbeiteten Geschäftsführer, der die behördliche Apparatur vielseitig in Gang zu bringen verstand. Es war also mehr als ein bloßer „Neunstundenkampf der Buchdrucker“, was sich da abspielte. Es war zumindest ein Dreifrontenkampf einer einzigen Arbeitergruppe gegen klassenstaatslich stärkere Mächte.

Im engen Rahmen eines Gebenkartikels dieses große, gewerkschaftlich außerordentlich wichtige Geschehen vollständig aufzurollen, ist unmöglich. Das wird aber erfolgen durch die Rekonstruktion des Dreifrontenkampfes in dem kommenden großen Teil der Verbandsgeschichte, die auch die Aktivität der Untervereine im einzelnen aufzeigt. Hier kann nur an Hauptzügen die dauernde Bedeutung dieses schwersten Arbeitszeitkampfes illustriert und im Vergleich zur Gegenwart kurz gewertet werden.

Wenn jetzt angefaßt die Forderung der Vierzigstundenswoche mit teilweise Lohnausgleich, wie sie seit März d. J. in den Eigenbetrieben der organisierten Gehilfen (Buchdruckwerkstätte, Bildungsverband, Büchergilde) realisiert ist, nach Prinzipalsansicht die Spezialarbeiter fehlen sollen, so wurde 1891 in der Vorbisfunktion prinzipalsseitig der Mangel an Gehilfen betont und dieser auf 4300 berechnet, der allein schon der neunstündigen Arbeitszeit als unüberwindbar entgegenstehen würde, die aber im weiteren noch wegen der Kosten der notwendig werdenden Erweiterung der Betriebsräume und der Materialvermehrung sich verbotte. Bei den eigentlichen Tarifverhandlungen vom 6. bis 8. Oktober 1891 in Leipzig operierten die Prinzipale aber schon nicht mehr mit solchen rechnerischen Argumenten, sondern es wurde nun vollends klar, daß die Leipziger Führung den Machtkampf wollte. Während der langen Zeit der offenen Gehilfenagitation für den Neunstundentag hatte man sich darauf auch eingerichtet durch weitgehendes Vorarbeiten von Verlagswerken, wodurch die Arbeitslosigkeit in der letzten Zeit sogar gesunken war. Berlins Prinzipalsität stand allerdings gegen das enge

Zusammengehen mit dem nur auf seine Interessen bedachten Leipziger Buchhandel und trat während der Verhandlungen wiederholt für Gewährung einer nur halbstündigen Verkürzung ein. Stuttgart, das doch mehr Wert als Zeitungsstadt war, schloß sich durchaus Berlin an; Frankfurt a. M. und München als Kreisvororte zeigten Neigung dazu. Als aber der schlesische Gehilfenvertreter Paul Schliebs die Gehilfenforderung offiziell auf neuninhalf Stunden ermäßigt hatte, war die Leipziger Führung hinter den Kulissen schon mit allen Widerständen fertig geworden. Schnell fiel der Vorhang über das gewollt ergebnislose Spiel.

Emil Döblin, der seit drei Jahren an der Spitze unserer 1888 von Stuttgart nach Berlin übergesiedelten Organisation stand, wollte nicht gleich loschlagen, sondern erst mehr an die weihnachtliche Geschäftszone herantommen. Die Prinzipalsleitung merkte das und brachte schnell durch 555 Mahngelungen organisierter Gehilfen in 30 Druckorten — Hamburg-Altona und Leipzig voran — die Gehilfenleitung in eine Situation, daß diese mit dem Kampfbeginn nicht länger zögern konnte.

Auf Gehilfenseite wurde mit einer Begeisterung in den Kampf gezogen, die einfach unbeschreibbar war. Die landsmannschaftlichen großen Kollegentage von 1890/91 als wichtige Demonstrationen für den Neunstundentag hatten dafür gut vorgearbeitet. Kollegen, die schon 1873 ihren Mann gestellt hatten, verließen oftmals gute Konditionen. Familienväter mit schwerer Bepackung nahmen zugunsten arbeitsloser Schicksalsgenossen die Erschwerenisse eines voraussichtlich langen Streiks auf sich. Kampfgeist glühte und heroische Impulse waren wahgerufen. Auf den Bahnhöfen beim Streikbrecherabfang, in den Standquartieren beim Diskutieren eine Stimmung für das hohe Ziel der Unterbringung arbeitsloser Berufsangehörigen, wie sie jedem seiner Lebtage unvergehrlich bleibt, der mit dabei war. In der Deutchen wie in der Arbeitererschaft erstaunlich vieler Länder stand der Neunstundenkampf der Buchdrucker im Mittelpunkt allen Interesses. Gesinnungskolle Ausgeschickten wie die im Sommer d. J. von „Klinkhs Druckereianzeiger“ reproduzierte Erinnerungsmünze — eine Art Neunstunden-Apfelsteinorden! — hatten aber keinen organisatorischen Vorprung, gingen vielmehr auf ein mitteldeutsches Fachgeschäft zurück und waren in andern Streikgebieten kaum bekannt.

Mit der Heeresfolge war es aber trotz der hohen Kampfbegeisterung in unsern Reihen nicht sonderlich gut bestellt. Es wurden zwei bedeutliche Fehler sichtbar: Über den Gesamtbestand an Gehilfen und Faktoren war man sich in der Gehilfenleitung ziemlich unklar; Arthur Gash als sonst recht zahlungswandter „Korr.“-Redakteur bestritt sogar allen Ernstes die aus Karl Krimms 1890 fertiggestellte, vorzügliche Gewerbestatistik druckereiwiese sich ergebende Gesamtzahl und setzte sie viel niedriger an. Es waren aber, wie noch genau festgestellt werden konnte, 37 794 Mann im ganzen, die trotz immenser Agitation seit Jahr und Tag erst auf 47,4 Proz., also mit der nominellen Zahl von 17 900, für den Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker, wie damals unsere Organisation hieß, gewonnen werden konnten.

Die Kampfausdehnung nahm denn auch nicht den erforderlichen Umfang an: Es kündigten 11 762 Gehilfen (und Faktoren) in 184 Druckorten (von 1739 mit Gehilfen); es wurden ausständig 8640 in 118 Orten; es bewilligten 709 Firmen (von 5000 mit Gehilfen) in 223 Orten für 6227 Gehilfen, die teils bei den Kündigungen, teils bei den Streikenden enthalten sind, teils auch ohne jede Aktion zur Bewilligung gelangten; es streikten ferner in Leipzig 197 Schriftgießer (und Hilfsarbeiter) sowie 450 Druckereihilfsarbeiterinnen; in weiteren acht Städten waren

411 Personen Hilfsarbeiterpersonal sowie auch einige Buchbinder mit umfaßte. In Leipzig gestaltete sich der Streik am unmisslichsten und die Bewilligungen am minimalisten, Berlin hatte dagegen die meisten Bewilligungen zu verzeichnen. War für die Gehilfenchaft von der Sehmalschine zum Glück noch nichts zu befürchten, so von den 19 891 nichtorganisierten Gehilfen in Deutschland, von den zu Tausenden Berufsabgewanderten, von den vielen Streikopfern des für uns indirekt so verhängnisvollen Wiener Maifeierausstandes 1891 und anderer Buchdruckerstände im Ausland um so mehr. Das durch die 1898er Tarifkampagne beiseitegedrungene Rheinland-Westfalen entvölkerte sich förmlich von Gehilfen. Der Streikbrecherimport in großen Kostete den Prinzipalen eine riesige Stange Geld, die inländische Arbeitswilligenanwerbung nicht minder. Viel, sehr viel davon wurde von den Streikenden weggeschmuggelt, aber der verbleibende Rang reichte schließlich für die Prinzipale aus. Auch von den Unterstützungsvereinsmitgliedern ließ sich mancher fördern, der sonst ein halbes Duzend Prinzipale und Faktoren zum Frühstück zu verpeisen pflegte. Die Presse trat wie sonst bei keiner anderen Arbeitergruppe scharf gegen die streikenden Buchdrucker auf, die sozialdemokratischen Blätter wurden hauptsächlich unsere Verteidiger; Eugen Richter mit seiner „Freisinnigen Zeitung“ war unser schlimmster Gegner.

In finanzieller Hinsicht standen unsre Aktien günstiger. Die Zentralkassen wie die Zentralinvalidenkasse kamen mit ihren hohen Beständen für gewerkschaftliche Kämpfe zwar nicht in Betracht, aber die Allgemeine Kasse mit den Kassen der Untervereine verfügte doch über 895 561 M. Der Streikbrecherabschub kostete indes viel wegen der großen Reisen, nach dem Ausland zurück vornehmlich; für alle Streikzwecke machte sich daher eine wöchentliche Ausgabe von 200 000 M. notwendig. Es wurde deshalb von den in bewilligenden Druckereien Weiterarbeitenden schleunigt mit freiwilligen Extrabeitragsleistungen begonnen. Des Berliner Prinzipalführers Bügensteins Worte an seine Kollegen: „Wer es nicht mindestens sechs Wochen aushalten kann, soll lieber mit den Gehilfen paktieren“, schafften auch in unserm Lager sogleich Klarheit, daß es für beide Parteien keinen Zusatztritt geben würde.

An einer größeren Zahl von Klein-, Mittel- und Großstädten mit ihren genauen Angaben gemessen, können 2,80 M. wöchentlich als Durchschnittsleistung bezeichnet werden; örtliche Maxima waren 1, 5, 6 und 7,50 M. (persönliche Spitzenleistungen gingen noch höher hinauf), die neben den laufenden Beiträgen zu allen Kassen mit schon rund 2 M. wöchentlich in den größeren Mitgliedschaften aufzubringen waren. Da der reine Tariflohn damals ortszweckmäßig 20,50 bis 25,63 M. lag, aber nur erst 82 Ortszuschläge bestanden (gegenwärtig 1393), und von überminimaler Bezahlung in der Hauptkategorie nur bei den Zeitungsehern die Rede sein konnte, so stellte eine Gesamtleistungsleistung von 1,80 M. bei solchem Lohnniveau eine bewundernswerte Solidarität mit den Streikenden dar. Denn dieses Höchstmaß an Opferwilligkeit war nicht nur während der zehn Kampfwochen notwendig, sondern nach der Gehilfeniederlage ging es noch lange Zeit so weiter; erst langsam konnte dann Erleichterung geschaffen werden. Von den deutschen Buchdruckern selbst konnten 184 474 M. freiwillige Streikhilfe ermöglicht werden. Von der deutschen Arbeiterschaft waren es 164 774 M. (ohne die Darlehensgewährungen), eine bis dahin noch nicht zu verzeichnende gewesene Solidaritätsaktion. Die Auslandshilfe für die Neuntusendkämpfer stand jedoch einzig da, in jedem Betracht; umfaßte sie doch drei Erdteile und 21 Länder, die insgesamt 213 181 M. aufbrachten: England mit 79 939 M., Nordamerika mit 38 955 M., Österreich mit über 30 000 M., Schweiz mit über 26 000 M. standen voran. Der Organisationsvorsitzende Döblin wurde nach England gerufen zu aufklärenden Vorträgen über diesen allenthalben aufsehenerregenden Arbeitszeitkampf; der DVB versuchte darauf in einem großen Londoner Blatt eine Abschwächung des von Döblin erzielten Eindrucks. Der „Gehilfenprinzipal“ Eugen Schorer (Essen) mußte einem Ruf nach Nordamerika folgen und war dort erfolgreich tätig mit seinen Aufklärungen über die „soziale Haltung“ der führenden deutschen Buchdruckunternehmer. Es waren das außerordentliche, noch in keinem Gewerkschaftskampf anzutreffende Sympathiebezeugungen aus der ganzen zivilisierten Welt.

Das Ringen selbst gestaltete sich mit jeder Woche heftiger. Ein staatliches Schlichtungswesen, mit dem das Unternehmertum hätte Mißbrauch treiben können, gab es erfreulicherweise noch nicht. Aber es fehlte nicht an Vermittlungsversuchen, es waren

sogar ihrer sechs zu zählen. Daß selbst der des preussischen Handelsministers Freiherrn v. Berlepsch fehlgeschlagen konnte, der sich eines Schülers von Lujo Brentano (v. Schulze-Gaevernich) zu den Vorführern bediente, lag allein an dem System der Leipziger Maßlosigkeit. Mit Sichtwechseln waren die Prinzipale draußen gegen Bewilligungen gebunden worden. Die buchstäbliche Gehilfenüberdrei aus den mittleren und kleinen Druckorten fehlte die Provinzprinzipalität in Erbitterung und brachte auch öffentlich heftige Angriffe: Die Großstadtprinzipale streifen ja nur auf Kosten der Provinzbetriebe usw. Es kam zwar dadurch noch zu mancher sogenannten Angstbewilligung, aber da im Durchschnitt nur 8,8 Gehilfen auf jede der 709 bewilligenden Firmen entfielen, so waren eben von den großen Druckereien zu wenige von der Leipziger antisozialen Diktatur loszubekommen. Daß im Laufe der zehn Streikwochen dennoch der am Kampf beteiligten-Prinzipalität das Wasser bis zum Hals angestiegen war, konnte man späteren Prinzipalsveranstaltungen entnehmen. Mit den von überall her und aus allen möglichen Arbeitsgebieten zurückgehenden Ausreisern waren aus vordem geordneten Betrieben wahre Sauställe geworden. Mit den militärischen und den weiblichen Ersatzkräften wollte es auch deshalb nicht klappen, weil die Gehilfenstreikkommissionen dagegen immer sofort alle Mittel ansetzten.

Nach dem „moralischen Vorbild“ von 1865 zu verfahren, wurde also zum stärkeren Bedürfnis. Man besann sich wohl auch auf die 1873 durch eine Denunziation erzielte sechsöchige Inhaftierung Richard Härtels während der damaligen Ausperrung der Verbandsmittglieder zwecks Abwehr eines Reichstariers. Die im Dezember 1891 von der Prinzipalsausstandsleitung erstattete Anzeige gegen die drei Hauptfunktionäre Döblin, Eifer und Beyer wegen Verstoßes gegen den berüchtigten § 153 der Gewerbeordnung hätte im Beurteilungsfalle nur zu Gefängnisstrafe führen können und sollte dann ein Mittel mehr zum Zweck der Streikabwägung sein. Aber mit dieser, die traditionelle „soziale Haltung“ des DVB, trotz beleuchteten Handlungsweise gegen die Gehilfenleitung kam es lediglich zum ersten Fehlschlag; die Staatsanwaltschaft hielt das „Delikt“ für unzureichend zur Klageerhebung. Dafür blieben draußen im Reich einzelne „Sünder“ hängen an dem ominösen § 153, doch waren vier Wochen Gefängnis das Höchstmaß; das Zusammenbrechen der viel größeren Zahl von Anklagen zeugt jedenfalls von guter Disziplin der Streikenden. Wie am modernen laufenden Band folgten hierauf die großen Sachen: Denunziationen bei den Stuttgarter Gerichten wegen angeleglicher Gelberverwendung aus der Zentralinvalidenkasse zu Streikzwecken und in Berlin bei den Aufsichtsbehörden wegen mißbräuchlich gewährter Streikunterstützung durch den „Versicherungsverein“ der Gehilfen. Mit der vorerst erfolgten gerichtlichen Sequestrierung der Zentralinvalidenkasse in Stuttgart glaubte Dr. Schmidt Verwirrung im Gehilfenlager zu erreichen. Wozu war denn der Klassenstaat da als zum Schutz der Kapitalinteressen! Staatssekretär v. Bötticher hatte doch den Unternehmern einmal im Reichstag versichert: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ Eine Auffassung, die nach vierzig Jahren von Seiten der modernen „Wirtschaftsführer“ vom republikanischen Staat noch ebenso fest besteht.

Der von Dr. Paul Schmidt samt Auftragsgebern auf dem Wege über den englischen preussischen Innenminister Herrfurth und den Berliner Polizeipräsidenten v. Nitschhofen geführte Hauptschlag wurde tatsächlich für die Gehilfenorganisation und die hebdenmütig zusammenstehende Kämpferschar im höchsten Maße gefährlich. Am 24. Dezember 1891, also am Weihnachtsvortage, wurde dem auf das Berliner Polizeipräsidentium vorgeladenen Gehilfenvorsitzenden Döblin eröffnet, daß in fünf Punkten eingeschritten werden müsse gegen den Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker: Die „statutwidrigen“ Zahlungen aus Vereinsmitteln an Streikende wären ohne weiteres einzustellen, ebenso die Erhebung von Extrafteuern auf Grund von Vereinsbeschlüssen. Als diese skandalösen Vorgänge bekannt wurden, raste ein Orkan der Entrüstung durch die Reihen der organisierten Buchdrucker. Diese plumpe Vergewaltigung auf Unternehmensebene durch die preussische Regierung erregte auch in allen sozial denkenden Kreisen Entsetzen. In den Buchdruckerveranstaltungen wurde in leidenschaftlicher Erregung beschloffen, weiter zu streiken, auch ohne Unterstützung. Aus den Arbeiterveranstaltungen kamen lebhaftige Zusicherungen, nimmeh die Sammlungen zu verstärken. Tatsächlich geschah das unmöglich Erscheinende (weil die Streikunterstützung sowieso schon tüchtig hatte abgebaut werden müssen): bis zum

16. Januar 1892 wurde ohne Streikunterstützung der Organisation weitergepumpt! Hungern im wahren Sinne des Wortes nach schon siebenwöchigen Entbehrungen hielten die Kämpfenden aus — bis dann am 16. Januar 1892 die zentrale Leitung dem total ungleich und erschütternd gewordenen Ringen durch das Abkommen Bügenstein-Döblin ein Ende machen mußte: der Tarif von 1890 sollte weitergelten.

Zunächst blieben 4320 Gehilfen und 500 Hilfsarbeiterinnen auf der Straße; im Februar 1892 waren es 3000, im August und September hatte der Unterstützungsverein immer noch 16 Proz. Arbeitslose. Gegen irgendwie hervorgetretene streifende Gehilfen wurden die infamen Schwarzen Listen praktiziert; viele Verheiratete mußten mit ihren schwer notleidenden Familien einen Ortswechsel vornehmen. Und der Verband konnte doch so schwer helfen! Bis auf 3025 M. waren seine so guten Finanzen zusammen geschmolzen. Aber es gab keine Würwürfe gegen die Gehilfenführer, keine niederziehenden Anwürfe gegen die Verbandsangestellten im einzelnen, keinerlei Vertrauensstöße in der Gehilfenorganisation! entsprang der schweren Niederlage: der gute Verbandsgeist blieb vielmehr musterhaft intakt.

Nach vierzig Jahren kann gesagt werden, daß sich 1891/92 wiederholte, was 1848 mit dem Vorstoß zum Jehnstrudentag schon einmal eingetreten war; die Buchdruckergehilfen waren auch in organisatorisch gefestigter Position mit dem Neuntusendtag zu früh aufgestanden. Aber es war vor vierzig Jahren ja nicht Berufsegoismus, was dieses große Wagnis unternommen ließ: mit dem Mut zur Tat verband sich wirkliches soziales Mitgefühl mit den in zu großer Anzahl vorhandenen Arbeitslosen. Es kamen als Folgeerscheinung des verlorenen Kampfes im Jahre 1893 die (trotz aller Zutreiberdienste schmächtig verunglückte) Prinzipalskassen und der Gutenbergsbund auf.

Doch wir hatten trotz alledem beachtliche Erfolge zu buchen: Die im November 1891 schon von Dr. Schmidt begonnenen Anzeigen mit den dazu teilweise erforderlichen Aufspüttsungen abtrünnig gewordener Gehilfengruppen — die Verührung mit solchen „Ehrenmännern“ galt dem DVB, nicht für unfair — beschäftigten nicht weniger als 17 gerichtliche und verwaltungsbehördliche Instanzen in vier Städten bis Ende 1893, kosteten dem DVB, als Verursacher ein Heidengeld und verließen dennoch in allen Hauptpunkten für den DVB, ungünstig. Die Streikabwägung durch den Minister Herrfurth und den Berliner Polizeipräsidenten wurde sogar in beiden Instanzen als ungeheuerliche Eingriffe charakterisiert! Für die aufstrebende Prinzipalsleitung war das so blamabel, daß die „Zeitschrift“ gar nichts oder nur ganz verkloppenes etwas über die moralischen Erfolge der Gehilfenorganisation sagen durfte. Die 1896 bei der Errichtung der zweiten Tarifgemeinschaft mit dem nicht sturen Berliner Prinzipalsführer Bügenstein an der Spitze erreichte effektiv neunmündige Arbeitszeit war dann ein schöner positiver Erfolg, den nur noch der Kreis Sachen bzw. Leipzig vereiteln wollte, sonst hätte man von dem 1892er Kräftensieg und seinen so schwer einzubringen gewesen Kosten noch gründlich genug. Der Erlaß der sanitären Arbeitszeitbestimmungen für Buchdruckereien im Jahre 1897, wozu Minister Freiherr v. Berlepsch gleich nach dem Streik schon den Anlauf nahm — unter vielen und recht unsozialen Widerständen der führenden Prinzipalskreise —, rechnet auch zu den positiven Erfolgen.

Nach vierzig Jahren hat man von prominenter Stelle im DVB, gegen die sozial jetzt unbedingt gebotene weitere Arbeitszeitverkürzung erklären hören: „Lieber ein zweites Einundneunzig!“ Danach scheint man heutzutage im DVB, zu den Dingen von 1891/92 recht tatsachenfremd geworden zu sein. Ist auch der große Arbeitszeitkampf für uns unglücklich verlaufen, die riesenhaften Anstrengungen des DVB, haben das nicht direkt herbeiführen können, sondern indirekt die unmoralischen Mittel des einflussreichen Klassenstaates. Die SOS-Rufe des DVB, haben allerdings eine solche Anwendung erst veranlaßt. Das richtige Urteil über unsern großen Arbeitszeitkampf vor vierzig Jahren brachte Dr. Fritz Tiedemann in seiner 1897 erschienenen, auch gegen die Gehilfenorganisation kritischen Schrift dazu zum Ausdruck:

Die große Frage des unbefähigten Bürgertums war gegen die Arbeitszeitverkürzung deshalb eingekommen, weil diese Forderung gerade damals das Hauptflagwort der Sozialdemokratischen Partei war; sie galt als unbedingt sozialdemokratisch — also als unverweifelbar. So kam alles zusammen, um den großen Kampf unglücklich enden zu lassen.

Deutschland tat unrecht daran, als es verständnislos aufjubelte; es ist eine Sache unterlag, wie sie geschehen wo hielte den verfolgten worden ist!

Sum 9. November

Wenn sich in diesen Tagen der Tag des Zusammenbruchs, der 9. November 1918, zum dreizehnten Mal fährt, so müssen wir alle einmal Zeit finden, zurückzublicken; ja, dieser rückschauende Blick und Vergleich drängt sich uns gerade im Hinblick auf die besonders drückenden und katastrophalen Gegenwartsnöte, im Hinblick auf das Ansichwollen des bewußten „roten Komms“ der „nationalen Opposition“ mit dem Januskopfs-Gesetz und den vieldeutigen Lokrufen ihrer Hintermänner besonders und ganz zwangsläufig auf. Man denkt zurück an all das, was in dieser Spanne von dreizehn Jahren geschehen ist; und was hätte geschehen können. Gewiß: geschichtlich gesehen sind diese dreizehn Jahre nur ein kleiner Ausschnitt aus dem großen Ganzen. Aber für uns, die wir in dieser bewegten, grundlegenden und grundändernden Zeit leben und voll von ihr erfüllt sind, ist es eben Geschichte, die uns alle verantwortlich auf dem Posten finden müßte. Mühte! Es ist nicht sehr erfreulich, in diesem Zusammenhang das Wort „Verzagen“ in die Debatte werfen zu müssen. Nicht für alle trifft es zu. Aber doch für einen großen Teil: für die Gleichgültigen, Schwankenden, Wandlenden, Unentschlossenen, Zögernden und Stümigen. Nicht sehr erfreulich sieht es aus in dem neuen deutschen Haus, in unserm Staat, im Volksstaat. Was liegt nicht alles allein in dem Wort: Volksstaat! Darin liegt sehr viel: Geschlossenheit, Wille zur Einheit, Arbeitsfreude für das Verdende. Wir wundern uns in diesen Tagen vielleicht, daß es trotz aller ernsten und bedrohlich erscheinenden Geschehnisse noch so ist: nach all dem Rütteln und Schütteln der nun wieder „mutig“ und mit viel Wortschwall und viel Selbdenpoje und Märtyrerglanz seit geraumer Zeit aus ihren Schlupfwinkeln hervortretenden und frech und dreißt ihre Haupt erhebenden Reaktion ist das Haus und der Bau in seinen Grundfesten doch fest stehend geblieben; das mehr und mehr erwachende Volk wird sich seiner hohen Aufgabe und Pflicht auch in Zukunft, oder deshalb erst recht, voll und ganz bewußt sein und durch Geschlossenheit und Einigkeit — wir hoffen es! — jeden Anschlag, ob „legal“ oder illegal, abzuwehren wissen.

Denken wir einige Jahre zurück: Mandchal drohte in kritischen Zeiten — Erzbergers- und Nathenau-Mord, Kapp-Putsch, Kämpfe der Roten Armee im Ruhrgebiet, Hitler-Putsch 1923 in München, kritisch-düstere Instanzzeit, fremde Besetzung im Lande — unsre ganze Hoffnung, unser ganzer Optimismus einer Bangigkeit und einem Pessimismus weichen zu wollen. Geschehen wir es ruhig ein: wir glaubten manchmal, schon fast am Grabe der deutschen Republik zu stehen. Aber solche Stunden geistiger Schwächen, die jeden Menschen einmal befallen, verfliegen, wenn wir uns der Ruhe und Überlegung hingeben, die physische Kraft und das Selbstvertrauen wieder zurückgewinnen. Von frischem Mut befeelt, schaffen und wirken wir weiter, jeder auf seinem Posten. Und ist es nicht etwas Großes, Schönes, ist es nicht ein erhebendes Gefühl, mitzugeben, mitzumischen und mitzutaten am neuen Staat, ein neues Reich zu zimmern, in dem das Volk selbst den ihm gebührenden Platz einnimmt?

„Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ So lautet die erste Sätze der am 11. August 1919 durch die Nationalversammlung verabschiedeten und geschlossenen Reichsverfassung. Zwölf Jahre sind darüber ins Land gegangen. Die Zeit schritt weiter. Und heute? Scheint es nicht bald so, als sei alles nur leere Form? Glauben jene „Ewig-Gestrigen“ mit der sie alle einenden, „Schmähst auf vergangenen Zeiten“ im lechzenden Bufen nicht ihre Stunde für gekommen, zum entscheidenden Schlag auszuholen; glaubt man nicht schon an fast gewonnenes Spiel?

Arbeiterklasse und Bürgertum

Im ganzen ist das sogenannte deutsche Bürgertum weniger politisch und wirtschaftlich geschildert als der deutsche Arbeiter. Und was das Betreibende ist: ein sehr großer Teil der Gebildeten, der ehemaligen Schüler höherer Schulen und der Hochschulen, geht mit den Scheuklappen des herkömmlichen Klassengeistes und der anerzogenen Vorurteile durch die Welt. Es spielen Schlagwort und Phrase zwar auch im Leben des Arbeiters noch eine bedeutende Rolle. Verheerender aber noch wirken Schlagwort und Phrase im Bürgertum. Der Arbeiter ist seit Menschenaltren politisch und wirtschaftlich auf Kampf eingestellt. Das erzieht immer. Der Bürgerliche aber wuchs in eine sehr vorteilhafte, im allgemeinen nicht schwere Lebenslage hinein, als Deutschland noch im wirtschaftlichen Aufstieg begriffen war. Das ist jetzt anders geworden. Und das ist nun das Auffallende: vor dem Krieg warf sich der Bürgerliche in die Brust und rief herausfordernd: „Selbst ist der Mann!“, „Fort mit aller staatlichen Einmischung in die Wirtschaft!“ Heute kann er nicht genug nach staatlicher Hilfe und staatlichem Schutz rufen. Und dabei fehlt es den Bürgerlichen vollständig an wirtschaftlichem Einheitsinn: eine Klasse, ein Stand, eine Wirtschaftsgeschicht will immer gegen eine andere oder gegen alle anderen „geschützt“, richtiger bevorzugt werden. Es sieht heute traurig aus um den alten Grundgedanken der herrschenden privatkapitalistischen Wirtschaftsform. Dieser Grundgedanke hat innerlich bereits seine beste Kraft verloren. Außerlich lebt er noch in geschwächtem Leben innerhalb der alten Formen und Gewohnheiten weiter. Das Beharrungsgeßel wirkt zugunsten des in sich uneins und unsicher gewordenen Bürgertums.



Sechzig Jahre Verbandsmitglied



C. E. F. Schmidt in Hamburg
Eingetretet: 1. Oktober 1871
Jetzt Invalide



Theodor Awe in Rostock
Eingetretet: 8. November 1871
Jetzt Invalide



Man macht in „nationaler Opposition“. National? Gewiß: auch wir sind der Meinung, daß dieser Begriff nicht zu leugnende und nicht zu verkennende hohe ethische Werte in sich birgt. Wir sind aber auch der festen Überzeugung, daß gerade der einfache Mann, die einfache Frau aus dem Volke oft sehr viel nationaler denkt und handelt — an Beweisen mangelt es nicht — als jene Heimwehrtrierer, Unabkömmlichen, Kriegs-, Inflations- und Volksnotgenieser und sonstigen „Leuchten in der Brüder Rinde“, die das Volk durch höflichstönende Phrasen und aufgeputzte wortreiche Geschwülste über ihre wahren, im Hintergrunde verstecktlauernden Absichten und Ziele hinwegtäuschen wollen, um auf Umwegen, die ihnen zudem noch den Glorienschein als „Retter des Vaterlandes“ einzubringen geeignet erscheinen, zu dem Ziel ihres „nie ausgeträumten Traumes von gestern“ zu gelangen. Wir denken, national sein heißt: in der Stunde der Not, in der sich unser Volk doch mehr denn je jetzt befindet, sich nicht feige zu drücken, sondern sich zu positiver Mitarbeit an Staat und Reich, an Volk und Heimat aufzuraffen, unter Mitwirkung aller aufbauwilligen und -fähigen Volkskreise. Jene Kreise aber mit ihrer soldatenpielenden Basallen-Folgenschaft, die gewisse Begriffe für sich in Erbpacht nehmen, wollen nur ihr kleinlich-egoistisches Kastengeistich zu Herrschaft bringen, das Volk von der Mitbestimmung ausschalten, um so das „Hier herr — dort Knecßt!“ von gestern und vorgestern wieder aufzurichten. Das ist national, wie ... jene es meinen. Wir aber fassen diesen Begriff in die Worte: Für ein freies Volk! Und mit ihm für Heimat, Staat, Reich und Vaterland!

9. November 1918 ... 1931 ... Dreizehn Jahre ... Die Situation ist ernst. Das Barometer zeigt auf Sturm, auf Kampf ... Wachsen und bereit sein! Die Entscheidung naht! Das ist die Parole.

Erkenne das Unrecht der Welt.
Nüchle, bekenne: wech Weist dir gefüllt!
Breche mit Schlechtem, was menschenunwürdig;
Steh nach Nüchtem, dah Wahrheit abnirtia.
Schleswig. Gustav Zelle.

Korrespondenzen

Dresden. Unsere Versammlung am 14. Oktober befaßte sich in ihrem ersten Teil mit örtlichen Angelegenheiten. Kollege Schroeder berichtete, daß etwa 700 Arbeitslose im Ortsverein vorhanden seien, insofern sei es bei dem ungenügenden Stand der Ortsliste nicht möglich, wie in den Vorjahren allen Arbeitslosen um die Weihnachtzeit aus Mitteln der Ortskasse eine Unterstüßung zu gewähren. Der Vorstand wolle von sich aus keine Beitragserhebung zu diesem Zweck vornehmen, gern würde er es aber begrüßen, wenn die Dresdener Kollegenschaft wenigstens den in allen Klassen Ausgesteuerten durch freiwillige Gaben eine Zuwendung machen würde. Nach kurzer Aussprache beschloß die Versammlung gegen fünf Stimmen, Listen zur freiwilligen Sammlung in Umlauf zu setzen. In längerer Aussprache gab Kollege Baumert den Bericht vom Ortsaussschuß Dresden des DVB über das abgelaufene Geschäftsjahr. Kollege Schlimann erstattete sodann einen erschöpfenden Bericht über die Hauptvorsteherkonferenz, dem sich eine kurze Aussprache angeschlossen. Erfreulicherweise konnte weitestgehendes Verständnis für die notwendig gewordenen Maßnahmen des Verbandsvorstandes bei der Versammlung festgesetzt werden, wir überhaupt eine starke Gewerkschaftsbefähigung in allen Punkten der Tagesordnung zum Ausdruck kam. Mit dem Appell, nicht zu erlahmen in der Verbandstreue, wenn auch noch größere Opfer von jedem in Zukunft verlangt werden sollten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Düsseldorf. In unserer Versammlung am 10. Oktober sprach Kollege Reinhardt über: „Wege aus der Krise und die Arbeiterkraft“. Von den verschicktesten Seiten, so führte der Referent u. a. aus, sind Wege aufgezeigt, die angeßlich der Milderung und Behebung der Krise dienen sollen. Zu diesen Vorschlägen heißt es kritisch Stellung nehmen, um Missionen zu zerstören, die dem wirklichen Ausweg aus heutigen chaotischen Verhältnissen hemmend im Weg stehen. Auf die innere Geschmähigkeit der Krisen und der gegenwärtigen ganz besonders eingehend, schätzte er als Hauptursache heraus die vom Kapitalismus verhängte Knappung des Verbrauchs an die in den letzten Jahren in einem bisher ungenannten Tempo gesteigerte Produktivität. Es bleibt uns nur ein Mittel: Im eignen Land die Knapp zwischen Erzeugung und Verbrauch zu beseitigen. Entweder verminderte Erzeugung oder erhöhter Konsum, also längere Arbeitszeit oder höherer Lohn. Es ist zu unteruchen, ob die zur Lösung der Krise vorgeschlagenen Wege diesen Ausgleich schaffen. Die kapitalistische Maßnahme, Lohnsenkung, die auch die Regierung Brüning in letzter Zeit unter der Devise „Verteilung der vorhandenen Lohnsumme auf die gesamten Arbeiter“ sich zu eigen gemacht hat, haben wir zur Genüge gespürt. Sie lindert nicht, sie verschärft die Krise. Eine viel gefählichere, weil in ihrer Tendenz nicht gleich zu erkennende These stellt der Saarindustrialrieß Rühlung auf. Er fordert in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, wir müssen sparen und einige Zeilen weiter „wir müssen neue Bedürfnisse erfinden“. Dieser scheinbare Widerspruch führt sich so auf: Das Sparen ist auf die arbeitenden Schichten, das Finden neuer Bedürfnisse auf die Kapitalisten zugeschnitten. In dieser Richtung liegt z. B. der von Hapag-Block vorgesehene Schiffneubau, trotz besonders großer Überkapazität an Schiffsraum. Also neue Investition zu den seitigeren in einem kapitalarmen Lande. Wir müssen das Problem, Erzeugung und Verbrauch einander anzugleichen, lösen. Entweder verminderte Produktivität des einzelnen (verlängerte Arbeitszeit) bei gleichem Konsum oder Erhöhung des Konsums, also des Lohnes bei gleicher Arbeitszeit. Gar kein Problem in diesem Sinne ist die verlängerte Arbeitszeit bei gleicher Vertüßung des Lohnes. Im Gegenteil, würden z. B. hierdurch eine Million Erwerbsloser in die Produktion eingereicht, so müßten sie sich in die Lohnsumme der bisher Beschäftigten teilen, und was bis bisher an Erwerbslosenunterstützung bezogen, rund gerechnet eine Milliarde im Jahr, würde dem Konsum entzogen. Es ist selbstverständlich, daß die Bierzajntundenwoche mit vollem Lohnausgleich sich nicht auf dem Verhandlungsweg erreichen läßt,

Aber die Kraft der Beharrung klingt naturgeschmähig langsam ab. Leben ist Bewegung, vorwärtsdrängende Bewegung. Das Bürgertum heißt kein Ziel vor sich, in das es Großes hineinlegt. Es steht seine Aufgabe im Erhalten dessen, was ist oder, richtiger, was gestern war, was aber heute schon bedenklich wandt. Das ist eine Welt- und Wirtschaftsanschauung, die an ihrer inneren Armseligkeit untergehen muß. Die Arbeiterkraft ist innerlich reicher gestellt, mag sie auch wirtschaftlich ärmer sein als alle andern Volksteile. Sie sieht ein Ziel und erkennt eine Aufgabe: sie befindet sich in einer vorwärtsgerichteten Bewegung; und sie kämpft, wo sich ihrem Vorwärtstreiben Hindernisse in den Weg stellen. Kampf um Neues, das besser, wertvoller, schöner sein soll als das Alte, ist ungleich mehr als Erhalten und Hüten, was war. Der Arbeiterklasse wird die Zukunft gehören, weil sie an die Zukunft mit einer vernunftvolleren Wirtschaftsordnung und gerechteren Gesellschaftsstruktur glaubt.

Wer „immer strebend sich bemüht“, löst sich los von den Schwergewichten, die nach dem Beharrungsgeßel an den Füßen der Menschen hängen. Jeder Mensch soll vor allem danach trachten, innerlich frei zu werden. Das ist mehr als äußerlich, als wirtschaftlich frei zu werden. Zu weit gehende wirtschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit ist gar nicht mehr möglich, ohne zum Unrecht andern gegenüber zu werden. Je mehr die Gesellschafts- und Wirtschaftsmittel innerlich frei werden, desto seltener werden sie unter sich trennende Schranken aufrichten, seien es nun Schranken des Rechts und der Gesetzgebung, des Herkommens und der Gewohnheit oder des Denkens und Empfindens.

Ende des vorigen Jahres hielt der Dichter und Schriftsteller Thomas Mann, der Nobelpreisträger, einen Vor-

trag im „Reethovensaal“ in Berlin, der großes Aufsehen erregt hat. In seiner „Deutschen Ansprache“ ein Appell an die Vernunft!“ sagte Thomas Mann: „Ich bin der Überzeugung, daß der politische Schlag des deutschen Bürgertums heute an der Seite der Sozialdemokratie ist. Es drängt mich, für diese Überzeugung nicht nur meine Feder, sondern auch meine Person einzusetzen.“ Der Dichter Thomas Mann ist ein hervorragender Vertreter deutschen Künftertums und des deutschen Geisteslebens der Gegenwart; sein Name und sein Wert werden für die kommenden Geschlechter von Bedeutung bleiben. Da er als Vertreter des Bürgertums sprach, bekommen seine Worte einen andern Klang, als wenn er als Vertreter der Arbeiterkraft gesprochen hätte. Es ist in Deutschland noch recht selten, daß anerkannte, weitin sichtbare Persönlichkeiten des Bürgertums frei und offen sagen, wie sie über die sozialistische Bewegung denken. In England ist das bereits anders.

Thomas Mann zerpfückte in seinem Vortrag rückwärtslos die geistigen Formeln des Nationalsozialismus, die „Rhitologienbiologie“, „Germanienromantik“, die „Mageschmähtheit“ und „Weltfremdheit“ der akademisch-professoralen Sphäre. Diese Weltfremdheit und politische Romantik habe uns in den Krieg geführt. Das Ausschweifende, Angebundene, Zriebhafte, Urzeitlich-Barbarische werde jetzt auf den Schicks erhaben. Das beküdennde Gebräu, das der Nationalsozialismus der Masse vorsehe, komme aus einem wild durchgeknaberten Begegnel des Bildungsbarbari. Verbannt, verhöht, verlastet würden Denken, Verstand, Bildung, Kultur, Freiheit, Gerechtigkeit, alles, was auch nur im entferntesten an Vernunft grenze. Thomas Mann nennt die Politik der Nationalsozialisten „eine Politik im Groteskstil mit

sondern nur durch opfervolle Kämpfe der gesamten Arbeiterklasse. Weis die Arbeiterklasse nur dann gewillt sein wird, die Opfer dieses Kampfes zu tragen, wenn sie weiß, daß es keinen andern Ausweg aus der Krise gibt, darum ist es notwendig, alle von andern Seiten gefassten Illusionen zu zerstören. Endgültig diese Kräfte beseitigen und neue verhüten, kann allerdings nur die planmäßige Arbeit im Sozialismus. Zur Erreichung dieses Ziels wird jedoch erst die Arbeiterklasse die Kraft bekommen im Kampf um Besserung der augenblicklichen Lebensbedingungen. Um auch hier klares Bild zu schaffen: der Kampf um den Sozialismus muß nicht nur geführt werden gegen das Monopolkapital, sondern auch gegen den Staat, der immer mehr durch Notverordnungen und zuletzt Umbildung der Regierung aufgezeigt hat, daß er nur noch ausführendes Organ der Großindustrie und der Großagrarier ist. Daß man einen derartigen Gegner — Monopolkapital und Staat — nicht mit den Kampfmethoden der Vorkriegszeit erfolgreich bekämpfen kann, dürfte einleuchten. Im Zeitalter des untergehenden Kapitalismus werden die Kämpfe gesteigerte Intensität annehmen. Ausweitung unfruchtbarer Rechte mit dem Ziel, alles Kapitalistische im Wirtschaftsprozess zu beseitigen, wird vom wirtschaftlichen Gegner beantwortet werden damit, brutal den Herrn-im-Hause-Standpunkt wieder einzuführen. Kämpfe kleiner Gruppen (eines Berufs oder Industriezweiges) werden, ungenügend beeinflusst durch Individualismus, meistens zum Scheitern verurteilt sein, wenn nicht die gesamte Arbeiterklasse ihr ganzes moralisches und finanzielles Gewicht in die Waagschale wirft. Die Arbeiterklasse wird den Kampf annehmen müssen, um nicht zu verfallen in Barbarei. Ihre Kampfstrategie, ihr Programm sind nicht zerstört, sind nur geklärt, weil sie im Kreis herumgeführt wurde. Die Dummheit, die Resignation wird von ihr abfallen und sie wird den Weg gehen, der zwar nicht bequem ist, aber dafür die Befreiung aller vom Joch des Kapitalismus bringt. Es gibt nur zwei Schwerpunkte in der Entwicklung, entweder es geht dann aufwärts oder zurück in die Barbarei. In einem derartigen Schwerpunkt der Entwicklung befinden wir uns gegenwärtig. Wäge das heutige Geschick seine Aufgabe erkennen und ihr gewachsen sein. Reicher Beifall wurde dem Referenten zuteil. Vorsitzender Böhlinger sprach ihm den Dank der Versammlung aus für seine sachlichen Ausführungen. Die Diskussionen werden durchgängig mit dem Referenten einverstanden, nur einige bemängelten, daß er nicht die politischen Konsequenzen gezogen und aufgezeigt habe. Andre bedauerten, daß er nicht das Problem Sowjetrußland herausgezogen habe. Dann gab Kollege Böhlinger den Bericht von der Bezirksvorjahreskonferenz. Er führte aus: Die Finanzlage des Verbandes, hervorgerufen durch die furchtbare Erwerbslosigkeit, bereite allen verantwortungsbewußten Kollegen schwerstes Kopfzerbrechen, denn unsere Einnahmen und Ausgaben halten sich nicht mehr die Waage. Die Geldkrise hat die Maßnahmen des Verbandsvorstandes wirkungslos gemacht. Die Verhandlungen über Kurzarbeit sind gescheitert, denn die Prinzipale wollen nicht den Lohnausgleich und den Einstellungsstopp. Wir werden unseren Standpunkt nicht aufgeben. Die Sonntagstriebe abschaffen, hält der Vorstand im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet. Die SPD-Zeitungsbetriebe dauern rigoros den Leistungsstopp ab. Auch bei den SPD-Betrieben sind bereits starke Lohnreduzierungen vorgenommen. Die Kurzarbeit hat überall zugenommen, darum ist weitere Beitragserhöhung kaum noch möglich. Zu der Kürzung der Kosthaushaltsaufstellung hat der Vorstand sich nur schweren Herzens entschlossen. Vom Königsberger Streit her ist dem Verband eine Schadensersatzfrage in Höhe von 200 000 M. angehängt worden. Nur umfassende Organisationen können die kommenden Kämpfe meistern, nicht die SPD, deren Bestehen im Interesse der Unternehmer liegt. Unser Gaudium im kommenden Jahr wird nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, dringender Regelung wegen, vor dem Verbandstag, sondern nach demselben stattfinden. Ein Jungbuchdruckeramt macht sich 1932 notwendig. Die Köhler Buchdruckerinnung will das Kostgeld unserer Lehrlinge dadurch kürzen, daß die Eltern der Lehrlinge sich verpflichten müssen, 400 M. Lehrgeld zu zahlen, das in

Wochenraten abgehakt werden soll. Die Diskussion zu dem Bericht war ebenfalls sehr reg. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die auf dem Unterstützungsgebiet getroffenen Maßnahmen vom menschlichen, aber auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus als untragbar bezeichnet werden. Nur durch weitestgehende Arbeitszeitverlängerung, für die sich Verbandsvorstände, Gewerkschaften und alle übrigen Funktionäre sowie der „Korr.“ tatbereit einsehen müßten, sei es möglich, einen größeren Teil unserer Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozess einzuführen. Die seit Januar 1931 eingeführten Extrabeiträge seien mindestens ein Jahr zu spät gekommen. Auch hätte die Beitragsaufnahme bei den Spitzenlöhnen noch erheblich angezogen werden können. Weiter kommt in der Entschuldigend noch zum Ausdruck, daß die Gehaltsfrage der Verbandsangestellten dringender einer Neuregelung bedarf. Wenn das finanzielle Ergebnis für die Verbandstätigkeit auch nicht erheblich sei und eine Verzinsung nicht viel mehr darstelle als eine Geste, so sei diese heute doch zur Notwendigkeit geworden. — Schließlich wurden noch drei Kollegen zu Revisoren gewählt.

Elbing. Inre Versammlung am 24. Oktober wies einen guten Besuch auf. Vorsitzender Brandt gab zunächst von mehreren Schreiben Kenntnis. Es folgte die Neuaufnahme von zwei Jungkollegen, die ihre Lehrzeit beendet hatten. Den Kassenbericht über das dritte Vierteljahr gab unser Kassierer, Schwarz, vor. Ihm wurde einstimmig Entlastung erteilt. Große Enttäuschung hat auch in der Elbinger Kollegenliste die Kündigung des Lohnstarfs durch die Prinzipale hervorgerufen. Einstimmig wurde folgende Entschliessung angenommen: „Die am 24. Oktober tagende Mitgliederversammlung nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von der Kündigung des Lohnabkommens seitens der Arbeitgeber im Buchgewerbe. Sie erwartet von unsren Vertretern, daß sie eine von den Arbeitgebern beabsichtigte weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Kollegenchaft unter allen Umständen und mit allen Mitteln abwehren wird. Die Kollegenchaft ist nicht gewillt, weiterhin allein die Lasten einer Abwärtsentwicklung und Kapitalintensivierung zu tragen.“ Mit dem Kartellbericht und der Erledigung kleiner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Grünstadt. Am 28. Oktober fand eine gutbesuchte Versammlung statt, die u. a. auch zu den Lohnverhandlungen Stellung nahm. Nach einer sehr regen Aussprache wurde einstimmig folgender Resolution zugestimmt: „Zur Lohnverhandlung im November fordert der Ortsverein Grünstadt die Vertreter der Kollegenchaft auf, unter keinen Umständen ihre Zustimmung zu einer Reduzierung des jetzigen Lohns zu geben, da die Preise für die notwendigen Lebensmittel noch nicht entsprechend gefallen sind. Nahezu 90 Proz. der ganzen Kollegenchaft arbeitet verkrüppelt, und das Geld in den Familien ist sehr gering, da es jetzt schon Familienwäter gibt, die mit 20 M. nach Hause gehen. Wir erziehen daher, den uns seinerzeit aufgewungenen Lohnstarf mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten.“ Es folgte noch die Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten. — Von Beschlüssen lagen Entwürfe zur Beschäftigung vor, die ganz besondere Leistungen erkennen ließen. Am den Ansporn der Lehrlinge zu erhöhen, wurden einige Preise ausgesetzt.

Mannheim. (Machinensetzer.) Die in letzter Zeit festzustellende Abwärtsentwicklung innerhalb unseres Verbandes veranlaßt unsere Bezirksvereine, der bereits von übergeordneter Stelle ventilierten Frage näherzutreten, ob nicht durch ein Zusammenfassen der verschiedenen Sparten in eine Art Arbeitsgemeinschaft eine Plattform gefunden werden könnte, auf der sich ein Programm aufbauen ließe, das den Mitgliedern der einzelnen Sparten in bezug auf deren Fortbildung gerecht wird, aber auch auf der andern Seite durch wirtschaftliche Verwaltung der Spartengebiete jede überflüssige Ausgabe vermeidet. Zu diesem Zweck hatten die Machinensetzer am 4. Oktober die übrigen Sparten und den Bildungsverband zu einer Versammlung eingeladen mit dem Thema „Sparten-Arbeitsgemeinschaft — Bessere Zusammenarbeit in den Betrieben“. Dem Ruf waren Kollegen aller Fachgruppen gefolgt, jedoch

die Machinensetzer selbst waren nur schwach vertreten. Ob dieser Umstand als besondere Abneigung für das zur Debatte stehende Thema zu werten ist, mag dahingestellt sein. Kollege Stutenhauer, der den Vortrag übernommen hatte, behandelte das oft patriarchalische Arbeitsverhältnis in früheren Jahren und stellte dem das durchrationalisierte harte Arbeiten in den Betrieben heutzutage gegenüber, das ständig mit Explosivstoffen geladen ist und zu Reibereien und Kontroversen führen mußte. Er zählte dann die mannigfachen Ursachen auf, die den Kollegen das Leben sauer machen können, und meinte, bei etwas mehr Sinn für Kollegialität und Hintanstellung allen persönlichen Strebertums ließe sich manches hitzige Debatte vermeiden, noch dazu, wenn man berücksichtige, daß das Grundübel meistens in schlechten Maschinen und Schriftenmaterial zu suchen ist. Der Referent unterwarf dann noch, ob die Gründung der Handarbeiter eine unbedingte Notwendigkeit war oder es nicht besser gewesen wäre, die Handwerker mit dem Bildungsverband zu verbinden, denn beide Institutionen ergänzten sich gegenseitig in ihren Bestrebungen. Wobin sollte es aber führen, wollte man maschinentechnische Fragen vor allen Kollegen behandeln. Es würde zu Desinterressiertheit führen und einen großen Teil der Kollegen langweilen. An der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion beteiligten sich alle Spartenvertreter. Sie ergab als Extrakt, daß allgemeinstufige Themen auch vor allen Spartenmitgliedern behandelt werden sollen. Die Zahl der Versammlungen ist, schon wegen der fast klandigen Zeitmangel, auf das äußerste zu beschränken. Wenn auch nicht in allen Punkten eine Einigung erzielt werden konnte, so war doch der obwaltende Geist ein guter, und mit der Befolgung der Mahnung des Referenten zur Kollegialität wird mancher Zwiespalt in der heutigen Notzeit überwinden werden können.

Meißen. In unrer Bezirksversammlung am 4. Oktober, die vom Kollegen Konrad geleitet wurde und sehr gut besucht war, referierte unser Gewerkschafter Sahlmann über „Der Verband der Deutschen Buchdrucker in der Krisenzeit der Gegenwart“. Die bestehende Wirtschaftskrise sei die Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das keine Produktionsregelung kenne. Überproduktion und sinnlose Warenverwertung auf der einen Seite — Wirtschaftswirrigkeit, Not und Elend auf der andern — seien das Kennzeichen dieser Wirtschaft, „ordnung“. Die Hooverpolitik habe die Erwartungen nur teilweise erfüllt. Die Behebung bzw. Linderung der Arbeitslosigkeit sei die wichtigste Aufgabe. Die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche muß erkämpft werden, und sei es mit Verzicht auf den Lohnausgleich; gefordert aber muß der Einstellungsstopp werden. Wenn die Herabsetzung auch gegenwärtig keine volle Lösung der Arbeitslosfrage bedeute, so werde sie doch bei einem Wiederaufstieg einer großen Zahl Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit bringen. Daß auch die Verbände von dieser Krise schwer betroffen werden, liegt auf der Hand. Kollege Sahlmann beleuchtete an Hand von Zahlenmaterial den Ernst der Lage. In einem warmen Appell wandte er sich an die Kollegenchaft, treu zur Organisation zu halten und ihren Führern, die alles getan hätten und es weiter tun würden, volles Vertrauen zu schenken. Noch schwerere Kämpfe ständen bevor. Die darauf folgende Aussprache ließ erkennen, daß die Kollegenchaft sich des Ernstes der Lage bewußt ist und ihren Führern volles Vertrauen entgegenbringt. Die Bezugsgegenstände müsse kommen. Einander zu helfen sei dringendes Gebot. Die Notstandsunterstützungen müßten unbedingt beibehalten bleiben. Bei Arbeitszeitverkürzung sei unbedingt Einstellungsstopp zu fordern. Kollege Sahlmann konnte in seinem Schlußwort die Geschlossenheit und Opferfreudigkeit der Kollegenchaft mit Genugtuung feststellen.

Nördlingen. Inre Versammlung am 3. Oktober wies einen etwas besseren Besuch auf als die bisherigen. Leider sind es vor allem einige junge Kollegen, die sich ihrer Pflicht, die Versammlungen zu besuchen, nicht bewußt sind, aber auch bei verschiedenen älteren Kollegen muß daselbe konstatiert werden. Unter „Geschäftlichem“ verlas Vorsitzender Schulz einige wichtige Mitteilungen aus dem „Gau-mittelstandsblatt“, die u. a. die Überfunden bei Kurzarbeit betreffen. Den Kassenbericht und die Abrechnung über das dritte Quartal gab Kassierer Erdlen. Der Bericht wurde genehmigt, und der Vorsitzende sprach ihm den Dank der Versammlung aus. Von der Bezirks- und Ortsvorjahreskonferenz in München erstattete Vorsitzender Schulz Bericht. Seine Ausführungen, die den großen Ernst der derzeitigen Situation zeigten, wurden aufmerksam verfolgt. Er verwies eindringlich auf die Bestrebungen des Unternehmertums hin, die Gewerkschaften zu zerlegen. Daß dies unsere Mitglieder zu verhindern wissen, davon sei er überzeugt. Er erwähnte die Kollegen nochmals, die Versammlungen zu besuchen und eifrig mitzuarbeiten zum Wohle der Gesamtheit. Die alten erfahrener Kollegen sollten den jungen ein Vorbild sein, ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen, damit sie die Gewerkschaftler werden, denen einst das organisatorische Erbe in die Hände gelegt werden kann. Mit den Punkten „Kartellbericht“ und „Verhaltensbescheid“, wobei u. a. noch einige kleinere örtliche Angelegenheiten erörtert wurden, fand die Versammlung ihren Abschluß.

München. (Machinensetzer.) In unrer Versammlung am 4. Oktober wurden vier Kollegen für 20jährige Zugehörigkeit zur Sparte geehrt. Vorsitzender Lange gab einen Rückblick auf die Zeit seit unrer letzten Versammlung sowie über die Vorbereitungsarbeiten in Berlin. Er gelpelte die Lohnaufbaustrebungen der Unternehmer, und leider machen dabei auch die SPD. und zum Teil auch die SPD-Betriebe keine Ausnahme. In dem hiesigen Parteibetrieb wurde die Bezugsgegenstände mit Lohnausgleich eingeführt. Mit der Aufforderung, geschlossen hinter der Verbandsleitung zu stehen, schloß er seine Ausführungen. Nach einer Richtigstellung in Lohnfragen bei Kurzarbeit von Machinensetzern fand noch ein Lichtbildervortrag über „Neuerungen an der Linotype“ statt. Dem Vortragenden, Kollegen Kretz, sowie auch der Mergenthaler Schmalzfabrik sei auch an dieser Stelle Dank gesagt.

Potsdam. Zu Beginn unrer Versammlung vom 10. Oktober erstattete der Kassierer den Kassenbericht über das verlossene Vierteljahr. Infolge der bedeutend zurück-

gefallenen Meeres, sei sie Massenkrampf, Büdengeläut, Halsentzündung und demüthigendes Wiederholen monotoner Schlagworte, bis alles Schäum vor dem Munde habe. Fanatismus würde Heilsprinzip, Begeisterung episcopische Ekstase. Und die Vernunft verführe ihr Antlitz. So rechnete mit sonst seltener Kühnheit einer der geistig Großen Deutschlands mit den sogenannten Führern der Nationalsozialisten ab.

Und damit nicht genug: Thomas Mann schürt sachlich-gerecht weiter und kommt zu Schlüssen über die Sozialdemokratie, die in bürgerlichen Kreisen immerhin eigenartig klingen werden: Mit der sächerlichen Mär von dem Schreckgespenst des „Marxismus“ werde ein schauer und schädlicher Mißbrauch getrieben. Der Begriff werde in bewußter Fälschung mit den Nachwirkungen einer überhöhten und überängstigten Phantasie gefüllt. In Wirklichkeit bestände der sogenannte Marxismus der Sozialdemokratie heute in der Betreibung einer dreifachen Aufgabe: die soziale und wirtschaftliche Lebenshaltung der Arbeiter werde zu schütten und zu bessern verlust, die doppelte bedrohte demokratische Staatsform solle erhalten werden und die aus dem demokratischen Staatsgeist sich ergebende Außenpolitik der Vertheidigung und des Friedens werde verteidigt. Thomas Mann sprach über die „geistfreundliche“ Praxis der sozialistischen Arbeiterchaft, handle es sich dabei nun um die Gesetzgebung, die Rationalisierung des Staatslebens, die internationale Verfassung Europas oder was immer. Er erkannte nachdrücklich den bewunderungswürdigen Opferinn der deutschen Arbeiterchaft an. Und in Dank und Beglückung klingen seine Worte aus, wenn er der nationalen Taten der deutschen Sozialdemokratie gedenkt. Die historische Wahrheit sei, die Sozialdemokratie habe das Reich gerettet. Als die Fägel der Herrschaft und der Selbstbeherrschung im blutigen Not schleifen und nie-

mand da war, sie zu ergreifen, habe die Sozialdemokratie die herrenlosen Fägel aufgenommen und die tragische und namenlos unbankbare Aufgabe übernommen, das Chaos, in dem ein geschichtlich geschlagenes und flüchtiges System das Land zurückgelassen habe, in eine notwendige Ordnung zu überführen. Wer das gewissenlose Wort voll rührender Ungerechtigkeit von den „Novemberverbrechern“ über seine Lippen bringe, sei bei rechtlichen deutschen Namens nicht wert.

Solche Worte richtete der Dichter an „die Gebildeten unter den Verächtern der Sozialdemokratie“. Nun, die kapitalistisch eingestellte, kapitalistisch abhängige bürgerliche Presse sorgt in solchen Fällen stets dafür, daß die Wahrheit nicht allzu tief ins Volk dringt. Vieles von dem ungeheuer Schwersen und Gefährlichen, mit dem heute unser Volk fertig werden muß, wenn es sich behaupten will, ist nur die Frucht der bösen Saat, die vor dem Krieg gesät worden ist. Damals war die Luft förmlich geschwängert mit einem alles vernehmenden Hoffgeist gegen die Sozialisten. Es war ein bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeiteter Kriegsplan gegen eine weitausfassende starke Bewegung der wirtschaftlich, rechtlich und geistig unterdrückten Menschenschichten vorhanden. Nirgends wurde verlässlicher und blinder nach ihm gehandelt als in Deutschland. Die nicht mit Sozialdemokraten in nähere Berührung kommenden Volksteile atmeten, wo sie auch waren, eine vergiftete Luft, die Luft der Geringschätzung und Verachtung derer, die den Bedrängten helfen wollten, die nach Wahrheit und Klarheit der Dinge suchten. Das alles muß auch heute wohl von den Arbeitern bedacht werden. Es ist immer noch nicht so einfach für den Bürgerlichen, innerhalb seiner näheren vertrauten Umgebung so, wie es Thomas Mann tat, für die Klarstellung der Verhältnisse zu wirken. Daß es aber geschieht, ist außerordentlich notwendig für die Entwicklung der Arbeiterbewegung. As.

gegangenen Beitragseinnahme und der stark gesteigerten Beanspruchung der Rasse durch den Durchgriffverehr und die Unterfütterungen an arbeitslose Versammlungsbesucher erforderte das dritte Quartal einen Zufluss von 335 M. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, entweder durch Beitragserhöhung oder durch Herabsetzung der genannten Unterfütterungssätze und anderer Ausgaben einen Ausgleich zu schaffen. Man beschloß, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Lebhaftes Interesse erweckte der Bericht unfres Vorsitzenden über die Bezirksvorsitzkonferenz. Ausgehend von den Schwierigkeiten der Verbandstafel, beschäftigte man sich dort in der Hauptsache mit der Suche nach einem Ausweg. Die von der Verbandsleitung bisher getroffene Regelung dürfte den Erfordernissen nur zum Teil Rechnung tragen. Bei einer Vollerwerbslosigkeit von 29,8 Proz. und 14,2 Proz. verfürzt Arbeitenden ist weiteres Abgleiten des Verbandsvermögens mit Sicherheit zu erwarten. Da eine normalmäßige Heraushebung der Beiträge für die minderbezahlten Kollegen untragbar wäre, eine weitere Kürzung der Unterfütterungssätze aber auch kaum möglich ist, machte der Berichtsführer der Konferenz den Vorschlag, für eine stärkere Heraushebung derjenigen Mitglieder des Verbandes einzutreten, die sich heute innerhalb der Arbeiterbewegung (Krankenkasse, Kommune, Staat usw.) in oft, von unfrem Gesichtspunkt aus gesehen, sehr gut befugten Stellungen befinden. Ein weiterer Vorschlag, die Bezüge der Verbandsangehörigen zu kürzen, fand in der Versammlung starken Anklang. Die geplante Kürzung des Lohnsatzes durch die Unternehmer sowie die vom Reichsarbeitsministerium erwogene Einführung der Vierzigstundensysteme ohne Lohnausgleich und Einstellungsstopp erfordere schärfste Beachtung durch die Kollegen. Eine Verärgerung der Arbeitszeit ohne die erwünschten unumgänglichen Bedingungen liegt weder im Interesse der arbeitenden noch der arbeitslosen Kollegen. Die Diskussion über diesen Punkt ergab den einmütigen Abwehrwillen der Potsdamer Mitgliedschaft. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen, die an den Verbandsvorstand gefandt werden soll: „Die Versammlung des Ostvereins Potsdam lehnt die geplante Einführung der Vierzigstundensysteme ohne Lohnausgleich und Einstellungsstopp als untaugliche Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit ab. Sie erwartet von der Verbandsleitung, daß jeder weitere Anschlag des Untermertums auf das Existenzminimum der Kollegen, sei es auf diesem Wege oder durch direkten Lohnabbau, mit Kampf beantwortet wird.“ — In Anbetracht der Notlage der gesamten Buchdruckermitgliedschaft appellieren die Potsdamer Kollegen an das sozialistische Gewissen unfres Verbandsvorstandes, ihre Bezüge auf ein zeitensprechendes Mindestmaß zurückzuführen, um zu ihrem Teil dazu beizutragen, die Schicksalstrahl der Organisation zu stärken. Wertwürdige Verhältnisse müssen in einem kleinen Zeitungsbetrieb in Nowawes herrschen. Trotz Lohnabbau, Entlassungen, Verfürzungen und Erntekant wird von dem verbliebenen Personal die gleiche Arbeitsleistung verlangt, was naturgemäß der Qualität des Blattes nicht gerade zum Vorteil gereicht. Der Vorsitzende ermahnte die dortigen Kollegen, der Einstellung der Geschäftsleitung entsprechend, Überstunden grundsätzlich zu vermeiden. Zum Schluß der Versammlung gab der Geschäftsführer der hiesigen Krankenkasse einen eingehenden Situationsbericht über die finanziellen Verhältnisse dieses Instituts.

Stettin. (S and f e r.) Am 2. Oktober hielt die hiesige Vereinigung eine V e r s a m m l u n g ab. Der Vorsitzende berichtete unter „Geschäftlichem“, daß eine kombinierte Sitzung der Spartenvorstände stattgefunden hat, in der festgestellt wurde, daß Veranstellungen der einzelnen Sparten nicht zusammenzutreffen sollen. Desweiteren berichtete er über das Handbühnertreffen in Eberswalde, das einen befriedigenden Verlauf genommen hat. Mehrere gemeinsame Beschäftigungen haben bisher stattgefunden (Stadtgärtnerei und eine Papier- und Pappenfabrik). Weitere Beschäftigungen im Winterhalbjahr sind in Aussicht genommen. Vom Kassierer wurde der Kassierbericht erstattet, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Hierauf referierte Kollege S c h w a c h e n a l d e über „Sachtheoretische Neuerungen“. Er streifte bei Beginn seines Vortrags die Tagung des Bildungsverbandes in Erfurt und hob besonders dabei die Ausführungen der Auslandsvertreter hervor. Zu gleicher Zeit machte er die jungen Kollegen darauf aufmerksam, mehr als bisher an den Veranstellungen des Bildungsverbandes teilzunehmen, da die wirtschaftlichen Verhältnisse immer trauriger werden. Der Referent hatte zur besseren Orientierung selbstangefertigte Entwürfe ausgestellt, an deren Hand er leicht verständliche Erläuterungen gab, wie man mit passendem Material und guter Farbzuammenstellung geschmackvolle Drucksaßen herstellen kann. Am Schluß seiner Ausführungen erlaubte der Referent darum, daß sich die Kollegen möglichst zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden möchten. In der Diskussion ergänzte Kollege W o l t e r die Ausführungen, indem er auf die frühere Zeit zurückgriff und sie mit der Gegenwart verglich. In seinem Schlußwort empfahl der Referent den Kollegen, sich noch enger zusammenzuschließen zum Wohle aller Kollegen und unfres Verbandes. Nachdem unter „Berichtednem“ noch einige deftate Angelegenheiten erledigt worden waren, fand die anregend und harmonisch verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Stuttgart. Am 23. Oktober fand hier eine V e r t r a u e n s m ä n n e r v e r s a m m l u n g statt, um zu der Tagesordnung: 1. Mitteilungen; 2. „Die gegenwärtige organisatorische und gewerbliche Lage“, Stellung zu nehmen. Kollege K l e i n hoffte auf zahlreiche Beteiligung am Neujahrswettbewerb. Für die arbeitslosen Kollegen kündigte er im Gan, nicht nur Ort, eine Weihnachtsfeier und -unterstützung an. Rassen, die noch einigermaßen leistungsfähig seien, sollen Zuläufe in möglicher Höhe gewähren. Ein Aufruf in den „Mitteilungen“ würde sich auf die noch in Arbeit stehenden Kollegen in gleichem Sinne wenden. Durch Entgegenkommen unfres Mitgliedes und früheren Kollegen, des Besitzers des „Antoniustischlerhauses“, wird den arbeitslosen Kollegen ein Platz vorgeführt werden, der ihnen auf einige Stunden ihr herbes Schicksal vergessen machen wolle. In Kursen an der staatlichen Kunstgewerbeschule, Abteilung Graphik, wolle man ihre technischen Kenntnisse erweitern und ihre Handfertigkeit erhalten. Einen breiten Raum im Bericht wie bei der Aussprache nahmen die leidigen Zeitungsverbote ein. Was da völlig Unterechtigten zu tragen zugemutet werde, sei ein Unrecht, wie es sonst kein Beruf zu tragen habe. Wenn, wie in Braunschweig, ein Minister hergehe und eine gegnerische Zeitung acht Wochen verbiete, sei das Arbeitsrecht, Tarifrecht, Betriebsratsgesetz, ja die einschlägigen Paragraphen der Verfassung glatt ausgefaktet, und zwar nur für einen einzigen Beruf, den der Buchdrucker. Einer Motorordnung, die solches ermöglichte, müßten die Gistzähne ausgezogen werden. Es kann nicht Aufgabe der Staatsregierung sein, künstlich Arbeitslose zu schaffen, die für Stengelgepinne vernebelter Parteifanatiker und Schlagzeilenathleten büßen und zu süßen haben, was jene eingebrocht. In unfrem Verband, der es an Unterfütterungsbereitschaft wahrlich zu Rekordhöhen bringe, auch noch zuzumuten, Parteipolitik außerberuflicher durch Arbeitslosenunterstützung zu finanzieren, geht nicht an. Der Verbandsvorstand finde bei seiner diesbezüglichen Eingabe jedwede Unterfütterung in der Mitgliedschaft Stuttgart, um hierin gerechte Änderung herbeizuführen. Die neue Verordnung mache unfre Druckerkollegen und das Hilfspersonal für staatsgefährliche Druckerzeugnisse verantwortlich und bedrohe sie mit Strafe. Dieser Vorgang zeige, daß man bei der zuständigen Regierungsstelle keine Ängstigung von rationalisierter Arbeitsweise habe. Wir möchten den Arbeitgeber kennen lernen, der seinem Drucker Zeit läßt, um übertragene Arbeiten auf staatsgefährliche Leidenzen zu prüfen. Alles in allem, der heutige Zustand ist unhaltbar und ungesellig, er muß Änderung finden. Zahlen aus der jüngsten Lohnstatistik im Gau ergänzten die Mitteilungen. Die einzelnen Betriebe, die der Parole der Spöndi zum Leistungsabbau Folge leisteten, wurden genannt. Die Betriebsräte erhielten Hinweise, alles zu tun, um tarifrechtlich ungerechtfertigte Abzüge zu verhindern. Kollege K u r z gab einen Kurzblick über den Stand der Gewaltes, der zeigte, daß wir im letzten Vierteljahr unter den jetzigen Verhältnissen auf Zufuß aus der Hauptfalle verdrängt und aus eigenen Einnahmen unfren Unterfütterungsverpflichtungen usw. nachkommen können. Der erste Lichtblick in diesem Jahr! Zum zweiten Punkt sprach Kollege K l e i n. Es war das lange schon gewohnte Glendbiss, das er aufstolte. Nirgendes Rettung, nirgendes Land! Trostlos sieht es in der Weltwirtschaft aus. Rein andrer Ausweg als allgemeine Volkserntekantung. Nur planmäßiger Güter- und Warenantausch, der Hungernden Brot, Heiternden Arbeit, Heimatlosen Aufenthalt, Frierenden wärmende Kleidung, Kranken Heilung bringe, führe aus dem Chaos Deutschland, das durch den verlorenen Krieg am meisten leide, sei durch die gespartene Arbeiterschaft und politische Zerrissenheit auf einem erschreckenden Tiefstand angelangt. Die Zusammengebrochen des Wirtschaftsbezirks, in dem 19 Großindustriellen und Arbeitgebern sechs Arbeitnehmervertreter gegenüberstünden, zeige am besten, was man einer gespartenen Arbeiterschaft zu bieten imstande sei. Mit einem abändernden Appell zur Geselligkeit und Einigkeit der Gesamtarbeiterschaft schloß der Redner seine Darlegungen. Die Aussprache war sachlich. Der erste Redner forderte die freigewerkschaftlichen Vertreter im Wirtschaftsbeirat zum Austritt bzw. zum Nichtbeitritt auf, weil sie doch zur Einstufigkeit verurteilt seien. (Diese Einstellung entspricht seiner politischen, alles negierenden Art. Der Schriftführer.) Zum Leistungslohnabbau rief er den Betriebsräten mehr Fühlungnahme mit ihren Belegschaften an. Er empfahl einseitige Linien zur Abwehr des Leistungsulagenabbaues. Die weitere Frage, die Redner be sprach, betraf die Kündigung des Lohnabkommens. Ein Schiedspruch des Schlichters Professor Braun hätte ausdrücklich betont, daß mit der Lohnherabsetzung die gewesliche Mietzinserhöhung abgegolten sei. Wenn nun die Löhne abgebaut würden, müßten die Schlichter analog jenes Vorganges bei der Regierung auf Abbau der stabil bleibenden geweslichen Miete dringen. Der weitere Verlauf der Aussprache entsprach der Notzeit, in der wir leben. Eine leitende Angelegenheit im Schwabenverlag (Zeitungsdrucker), wo der in der Wehrzeit aus Guttenbergbündern bestehende Betriebsrat Entlassungen von Verbandsmitgliedern zumifchte, fand Aufführung. Die dortigen Kontrollmaßnahmen eines neuen Betriebsleiters fanden in einer Druckerweisammlung selbst bei den Guttenbergbündern stärkste Beurteilung und Abhilfeverlangen der Gesamtbelegschaft. Ein weiterer Redner zog Vergleiche beim Lohnabbau in Klein- und Großbetrieben, die zu einem interessanten Ergebnis führten. Ein andrer empfahl wirtschaftlichen Zusammenschluß der Gewerkschaftsmitglieder zwecks verbilligten Einkaufs. Kollege K l e i n ergänzte und stellte im Schlußwort vieles richtig. Sein Wort galt der sachlichen Aussprache und der wirklich lobenswerten Unterfütterung und Mitarbeit unfres Verbandsleitens in den einzelnen Betrieben bei Vorkommnissen, wo die Guleitung zum Eingreifen genötigt war.

Allgemeine Rundschau

Richtlinien für Eignungs-, Zwischen- und Gehilfenprüfungen. Die in Nr. 57 des „Korr.“ in einer Rundschau notig angefordigten, durch gemeinsame Beratung zwischen dem Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Bereins und dem Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker auf Grund eines vorliegenden Entwurfs des Reichsvereins der graphischen Lehrer geschaffenen Richtlinien für Eignungs-, Zwischen- und Gehilfenprüfungen sind inzwischen den Gauvorfänden zur Weiterleitung an unfre Lehrleiters- und Sachauschussmitglieder zugestelt worden. Die Richtlinien, die ein Hilfsmittel bei der Durchführung der Lehrleitersordnung und der oft unter größter Aufopferung zu leistenden Erziehungs- und Bildungsarbeit unfres Lehrleiters- und Sachauschussmitglieder sein sollen, sind in erster Linie für die Idee gedacht. Ein verbiegender geringer Bestand kann den an der Erziehungs- und Bildungsarbeit unfres Nachwuchses beteiligten oder besonders interessierten Mitgliedern zur Verfügung gehalten werden. Das Exemplar wird zum Preise von 50 Pf. vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreißendstraße 5, abgegeben. — Der in gleicher Rundschau notig angefordigte und im Selbstverlag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erschienene L e i t f a d e n

für Zwischen- und Gehilfenprüfungen konnte bereits Mitte September zum Versand gelangen. Bedacht sind die obengenannten Funktionäre. Auch von dem Leitenden ist nur ein geringer Bestand vorhanden, den der Bildungsverband zur Verfügung der an der Jugendarbeit besonders interessierten Mitglieder hält. Für das Exemplar ist der Preis auf 1 M. festgesetzt worden.

Leipziger Kurzarbeiter im Berliner Buchgewerbe. Während des Monats November stellen im Buchgewerbeamt des Verbandshauses zu Berlin 14 Ortsgruppen des Kreises Leipzig im Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker die Ergebnisse ihrer vorjährigen Winterkurse aus. Außerdem werden etwa 100 Entwürfe gezeigt, die während der Kurzarbeiterzeit unter Leitung des Kollegen Karl Franke (Berlin) vor kurzem in Leipzig entstanden. Die gesamten Arbeiten sind nicht nur ein gutes Zeugnis des in der Verbandsfollgenchaft vorhandenen Willens zur Berufsbildung, sondern sie bergen auch eine Fülle von Anregungen für zeitgemäße Drucksaßenanstellung. Die Ausstellung ist wie üblich bei freiem Eintritt geöffnet: wochentags von 9 Uhr vormittags bis zum Eintritt der Dunkelheit (Sonnabends bis 2 Uhr nachmittags) sowie Sonntag, den 8. November 1931, und Mittwoch, den 18. November 1931 (Kuhstag), von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags; sonst Sonntags geschlossen.

Front gegen den sachlichen Mordkurs! In 15 druckweg überfüllten Massenversammlungen hat die Berliner sozialdemokratische und gewerkschaftliche Arbeiter- und Angestelltenchaft am 3. November gezeigt, daß sie sich durch kein Verbrechen, durch keine Verleumdungen und durch keine Gewalttaten davon abbringen lassen wird, ein festes Bollwerk der Republik und des Sozialismus zu bilden. Wir sollten uns nicht darüber täuschen: die Verhältnisse in Deutschland stehen auf des Meßers Schneide. Massennot und Verzweiflung breiter Bevölkerungsschichten drohen jede Vernunft zu ersticken. Die schwere Wirtschaftskrise treibt politischen Abenteurern und namentlich den Nationalsozialisten immer neue Scharen politisch Arbeitsloser zu. Die Führer der Nationalsozialisten tragen ein Wesen zur Schau, als wenn sie unmittelbar vor der Ergreifung der politischen Macht stünden. Wenn dieser Fall eintritt, dann soll der Hebel vollständig herumgedreht werden. Der Nationalsozialist Dr. Fried hat kürzlich in Frankfurt a. d. O. eine Rede gehalten, worin er bemerkte, daß die Nazis nach ihrer Macht ergreifung den Marxismus in Deutschland mit Stumpf und Stiel ausrotten würden. Dabei könnten 15 000 bis 20 000 Funktionäre zu Schaden kommen. Wir sind überzeugt, daß dieser Heher seine Worte als Weimwehrkrieger in sich greifende in Bismarcks nicht dazu benutzt hat, um sich wenigstens über die elementarsten Voraussetzungen des Marxismus zu orientieren. Trotzdem poltert er, und mit ihm die ganze nationalsozialistische Meute, über den Marxismus los, unter dem sei alles zusammenzufassen, was in Arbeiterföhrung, Sozialpolitik und Volkswirtschaft in Verbindung steht. Daß die Gewerkschaften als bestgeschützte Organisationen gelten, dürfte nicht zweifelhaft sein. Die Mordhege dieser gewissenlosen Gellen hat naturgemäß ihre Wirkung nicht verfehlt. Das Reichsbanner befindet sich in Alarmbereitschaft. Wird der angeführte Marsch auf Berlin angetreten, so werden nicht nur das Reichsbanner, sondern auch die Gewerkschaftsmitglieder aufmarschieren, um sich gegen diese nationalsozialistische Horde zur Wehr zu setzen und ihre Einrichtungen zu schützen. In Deutschland steht sehr viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Deshalb ist höchste Aktivität am Plage im Kampf gegen die volksfeindliche Diktatur des säbelrauschenden Faschismus, der große Massen des Volkes in die Sklaverei einer privilegierten Parteiorganisation führt und militärische Abenteurer in gefährdende Nähe rückt. Es ist eine Lebensfrage der Arbeiterbewegung, daß die deutsche Arbeiterschaft das Gefühl unbedingter Zusammengehörigkeit beherzigt. Sie kann sich nur durchsetzen, wenn sich die Arbeiter als schicksalsgebundene Kampfgesellen innerhalb der Gewerkschaften fassen, die allen Schlägen zu trotzen vermögen!

Keiniger des öffentlichen Lebens. In der vom Hauptverband Deutscher Krankenkassen herausgegebenen Zeitschrift „Deutsche Krankenkasse“ Nr. 44 befindet sich folgende bezeichnende Notiz: „Wie die Keiniger des öffentlichen Lebens manchmal aussehen, dafür liefern uns die Hamburger Nachrichten einen interessanten Beleg. Die Zeitung sieht seit Jahren annehmend ihre Aufgabe darin, den Krankenkassen Mißwirtschaft in jeder Beziehung vorzuwerfen. Erst am 23. Oktober 1931 brachte sie wieder einen Artikel unter der Überschrift „Rote Mißwirtschaft bei einer Ortskrankenkasse“. Aufsehend um die „rote Mißwirtschaft“ nicht zu unterfassen, sind die Hamburger Nachrichten mit der Zahlung ihrer Beiträge bei der zuständigen Ortskrankenkasse in Höhe von 22 000 M. im Klüstand.“

Schiedspruch im Lohnstreit der Gemeinbedarbeiter. In den frühen Morgenstunden des 1. November fällte die Schlichterkammer im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Regierungsdirektors Friedländer einen Schiedspruch, der sämtliche am 31. Oktober abgelaufenen Bezirkslohnstarife und örtliche Lohnstarifverträge und Lohnregelungen mit Wirkung vom 1. November 1931 wieder in Kraft setzt. Der Spruch fützt das Einkommen von rund 315 000 Gemeinbedarbeitern und Straßenaßnern um 4 1/2 Proz. Die vielmalskritisierten Lohnstufenklauseln der Frühjahrsabkommen, die bei einer gewissen Verfürzung der Arbeitszeit die damaligen Stundenlöhne aufrechtbehalten, sind dahin abgeändert worden, daß ihre Bestimmungen vom 1. November 1931 an nur auf die am 1. November 1931 in den Betrieben befindlichen Arbeiter angewendet werden, die 48 Stunden und weniger, vom 1. November 1932 an 44 Stunden und weniger arbeiten. Für gewisse Betriebe, in denen besondere Verhältnisse vorliegen (Wegearbeiter, Forstarbeiter, Straßenaßner), können die Parteien bezüglich der Stundenlöhne eine den bezirkslichen oder örtlichen Verhältnissen angepaßte Abänderung im Einverständnis miteinander vereinbaren. Diese Regelung kann mit einmonatiger Frist zum Monatsfchluß, erstmalig zum 31. März 1932, gefündigt werden. Durch diesen Schiedspruch müssen die Gemeinbedarbeiter und Straßenaßner die dritte Lohnfütterung innerhalb eines Jahres über sich ergehen lassen. Die direkten Lohnfütterungen belaufen sich damit auf etwa 18 bis 19 Proz. Die

Erklärungsfrist der Parteien läuft am 7. November ab. Die Reichsstaatskommission der Gemeindearbeiter und Straßenbahner sowie die Bezirksleiter des Gewerkschaftsbundes haben noch im Laufe des Sonntags zu dem Schiedsspruch Stellung genommen.

Schiedsspruch für die Reichspostarbeiter. Am 3. November ist nach äußerst langwierigen Schlichtungsverhandlungen ein Schiedsspruch für die Reichspostarbeiter gefällt worden, der im allgemeinen einen Lohnabbau von 11% Proz. vorsieht.

Ablehnung des Schiedsspruchs für die Reichsarbeiter. Der am 20. Oktober gefällte Schiedsspruch für die Reichsarbeiter, der eine 17-prozentige Lohnkürzung vorsah, ist von allen am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften abgelehnt worden.

Anwachsen der Konturze und Zusammenbrüche. Die Auswirkungen der Kreditkrise vom Sommer treten erst nach und nach in ihrer ganzen Schwere in Erscheinung. Schon im September war gegenüber dem August ein beträchtliches Ansteigen der Insolvenzen von 1642 auf 2018 zu verzeichnen.

Ansteigen der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt. Im Laufe des Oktober hat sich am Weltmarkt bei verschiedenen Rohstoffen ein Umschwung vollzogen, der bereits im September spürbar geworden war.

Goldproblem und internationale Verwicklung. Die Weltwirtschaftskrise hat nicht zuletzt deshalb so scharfe Formen angenommen, weil sich die Goldbestände der Welt an einigen wenigen Punkten konzentriert haben.

Die Erwartung ist, dass die Anwaltschaft und Anwaltschaftsvereine. Von Heinrich Wachsmann, Präsidenten der Anwaltschaft in Berlin, ist ein Heft erschienen, das die Aufgaben der Anwaltschaft im Reichsbund m. b. H. v. B. darstellt.

Die Gemeinwirtschaft. Monatsheft für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaft, 11. Jahrgang, Heft 10 (Oktober 1931), Verlag Carl Heyne, Berlin.

„Anderland 1932“. Dieses allbekannte Jahrbuch für Kinder ist wieder erschienen. Es erzählt die Taten des Jahres 1931 und enthält viele interessante Geschichten.

hofft man, die Finanzschwierigkeiten zu überwinden und der Welt das Vertrauen wieder zurückzugeben, das zur Inangabe der Weltwirtschaft nötig ist.

Literarisches

„Deutscher Buchdrucker-Kalender 1932“. Im 20. Jahrgang und in einem ansehnlichen, illustrierten Gewand ist wieder der alljährliche Buchdrucker-Kalender erschienen.

Versehene Eingänge

Die Anwaltschaft in der Anwaltschaft und Anwaltschaftsvereine. Von Heinrich Wachsmann, Präsidenten der Anwaltschaft in Berlin, ist ein Heft erschienen.

Die Gemeinwirtschaft. Monatsheft für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaft, 11. Jahrgang, Heft 10 (Oktober 1931), Verlag Carl Heyne, Berlin.

„Anderland 1932“. Dieses allbekannte Jahrbuch für Kinder ist wieder erschienen. Es erzählt die Taten des Jahres 1931 und enthält viele interessante Geschichten.

Gestorben

In Krusdorf i. Sa. am 22. Oktober der Seberinvalide Carl B a n n aus Dresden, 62 Jahre alt — Lungentrebs. In Burg b. M. am 21. Oktober der Seber Martinianus T e f f e n a u e r aus Potsdam, 70 Jahre alt.

Briefkasten

Dr. Dr. D. D. Dieser „Richtstellung“ in Nr. 88 der „Zeitschrift“ entnehmen auch wir, daß der Herr Hofrat seine Äußerung in Zusammenhang nicht nur irrtümlicherweise, sondern sogar a. s. i. d. i. t. i. c. h. an uns zugehen gefügt hat.

Verbandsnachrichten

Statistikarten einsehen! Späterer Einsehenstermin für Oktober 9. November. Sichtung für die Sichtung der Arbeitslosen 21. Oktober. Auf richtige Transkription ist zu achten.

Adressenveränderungen

Carl D. S. Vorsitzender: G e o r g S a y t o w f e i, Bahnhofsstraße 6, v. t.

Heife- und Arbeitslosenunterstützung

Barth (Hesse). Respektvolle Kollegen, die sich auf dem Wege von der Bahnhofsstraße nach Barth befinden, seien darauf hingewiesen, daß ein Verbot besteht, daß dieses Verbot nicht mehr in der Lage, ein Erlöseigentum zu erwerben.

Verkaufskalender

Berlin, Korrespondenzverwaltung am Sonntag, den 7. November, vormittags 10 Uhr, im „Dresdener Garten“ (Friedrichsplatz), Dresden, den 11. November, abends 7 Uhr, im großen Saal des „Volksaufbaus“, Altonaerstraße 2.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 89

(7. November 1931)
Kritik: Unter großer Arbeitseinstellung vor vierzig Jahren, — zum 8. November.
Kritik: Arbeitseinstellung und Bürgerkrieg.
Korrespondenzen: Dresden, — Mühlberg, — Elbing, — Gera, — Chemnitz, — Leipzig, — Potsdam, — Berlin (S.), — Stuttgart.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebenzeilige Millimeterbreite für Stellengesuche und Angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona
Angeforderte Generalversammlung
Uchtung! Mate-Kostprobe!

Billige böhm. Weißfedern
nur reine, gutmüllende Sorten.
Gewicht 2,50 M., halbweltliche 3 M., weiße 4 M., bessere 5 M., 6 M., bannemmelde 7 M., 8 M., 9 M., 10 M., 11 M., 12 M., weiße angeglichene Aufsätze, 6,50 M., 7,50 M., beste 8,50 M.

Format- u. Unterlageliste
Verlag des Bildungsverbandes der D. O., Omba., Berlin SW 61
Wilhelm Schiemer
aus Magdeburg, im Alter von 39 Jahren.

Zeilenmaß
Am 2. November verstarb unser lieber Kollege, der Seberinvalide
Heinrich Holzer
im 70. Lebensjahre.

Hermann Lampe
aus Altona, im Alter von 68 Jahren.
Wir werden dem Dahingegangenen stets ein ehrendes Gedächtnis bewahren.

Heinrich Duff
aus Hamburg, im Alter von 75 Jahren.
Der Verstorbene gehörte lange Jahre in treuer Pflichterfüllung unserer Partei an.